

Sitzungsniederschrift

10. Sitzung des Ausschusses für Migration und Integration

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, Raum 1.106, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 24.08.2016	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:00 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Carow, Johanne	FW	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	Vertreter von Herrn Odens
Kleen, Barbara	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Wolters, Hayo	CDU	
Beratende Mitglieder		
Brönstrup, Elke		
Eggert, Burghard		
Holling, Claudia		
Tobiassen, Bernd		
Verwaltung		
Bullwinkel, Axel		
Christoffers, Dieter		
de Vries, Enno		
Germer, Brigitte		

Gronewold, Heinz

Jelden, Frauke

Martens, Frank

Puchert, Dr. Frank

Schäfer, Marcel

Schwieder, Wolfgang

Wilts, Manfred

Nicht anwesend:

Mitglieder

Odens, Roelf

CDU

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift von der Ortsbegehung in Utlandshörn vom 20.07.2016
5. Einwohnerfragestunde
6. Berichte der Kreisvolkshochschulen
7. Aktueller Stand der Unterbringung von Flüchtlingen
8. Änderungen des Aufenthaltsrechts (Amt 32)
9. Jugendatellier - Eine Maßnahme zur Qualifizierung durch den Leinerstift e. V.
10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
11. Einwohnerfragestunde
12. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Kleinert eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden durch **die Vorsitzende** festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift von der Ortsbegehung in Utlandshörn vom 20.07.2016

Abgeordnete Altmann und **Abgeordneter Sievers** beanstanden, dass wesentliche Inhalte des sachlichen Austauschs vor Ort, z.B. zur Diskussion der Verkehrsanbindung, nicht in der Niederschrift wiederzufinden seien. Sie könnten daher der Genehmigung der Niederschrift nicht zustimmen.

Weitere Einwendungen werden nicht vorgetragen.

Die Vorsitzende Kleinert lässt sodann über die Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.07.2016 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 2 wegen
➔ Nichtteilnahme

mehrheitlich beschlossen

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Frau Eggert erfragt, wie das Wohnungsmanagement im Altkreis Norden organisiert ist, welche Erfahrungen bisher gesammelt wurden und welche Schritte zur Beseitigung von evtl. festgestellten Mängeln unternommen werden. Zudem bittet Sie um Auskunft, welche Leerstände aktuell bestehen.

Herr Bullwinkel beschreibt, dass die Erfassung und Sammlung geeigneter Wohnungen über die Kreisvolkshochschule (KVHS) Norden erfolge. Das Sozialamt werde über freien Wohnraum umgehend informiert und Empfehlungen zur Belegung ausgesprochen. Die KVHS unterstütze zudem, wenn im Einzelfall beauftragt, bei der Mängelbeseitigung und bei der Suche nach einer neuen Wohnung. Er verweist diesbezüglich auf den Tagesordnungspunkt (TOP) 6.

Herr Schäfer ergänzt, dass sich das Belegungsmanagement im Aufbau befinde. Bei auftretenden Wohnungsmängeln werde der jeweilige Vermieter zur Abhilfe aufgefordert und ggf. die Miete gemindert bzw. das Mietverhältnis gekündigt. Zu den Leerständen speziell im Altkreis Norden könne derzeit keine Aussage getroffen werden. Insgesamt könnten im gesamten Kreisgebiet 400 Personen untergebracht werden.

TOP 6 Berichte der Kreisvolkshochschulen

Frau Germer berichtet für die KVHS Aurich über das Programm „Migration und Teilhabe im Landkreis Aurich“. Sie verteilt eine Übersicht zur Ablaufstruktur (siehe Anlage 1) und erläutert die organisatorische Ausgestaltung. Ein Integrationsstützpunkt für 70 Personen sei in Aurich bereits in Betrieb. Die anderen in Wiegboldsbur und Moordorf folgen in Kürze. Aktuell seien aufgrund gesunkener Zuweisungszahlen weniger Erstberatungen durchgeführt worden. Dem gegenüber steige die Zahl der Kursteilnehmer. Das Konzept nehme immer weiter Formen an.

Herr Wilts führt aus, dass über Drittmittel bereits 450.000 € akquiriert werden konnten. Weitere 150.000 € könnten hochgerechnet für das Jahr 2016 hinzukommen. Das Konzept stößt auch überregional auf Interesse. So präsentiere die KVHS das Programm am 29.08.2016 in Hannover auf der dritten Integrationskonferenz „Werkstatt Wohnen und Leben“ und trete in den Erfahrungsaustausch mit anderen Projektträgern.

Abgeordneter Sell bittet um Auskunft, wie viele Teilnehmer bisher in Arbeit integriert wurden.

Frau Germer antwortet, dass hierzu noch keine Zahlen vorliegen. Einzelne erfolgreiche Integrationen konnten aber bereits erzielt werden.

Abgeordneter Wolters fragt, wie die Bereitschaft der Personen zur Teilnahme sei und ob es Probleme gebe.

Frau Germer berichtet, dass der überwiegende Teil der Geflüchteten sehr engagiert sei. Es sei eine hohe Nachfrage nach den Kursangeboten zu verzeichnen.

Abgeordnete Altmann erfragt die Anzahl der Wochenstunden je Teilnehmer.

Frau Germer antwortet, dass fünf bis sechs Stunden pro Tag und Teilnehmern vorgesehen seien, insgesamt 100 Stunden im Monat.

Herr Tobiassen führt ergänzend aus, dass die Bildungsberatung immer wieder Thema in seiner täglichen Beratungsarbeit sei. Es bestehe ein großer Bedarf und das Interesse sei ausgesprochen hoch. Dass jemand kein Engagement zeige, sei kaum festzustellen.

Herr Bullwinkel informiert über den Fortschritt des Programms im Altkreis Norden. Die Umbauarbeiten für die Integrationsstützpunkte in Utlandshörn und in der Zinngießerstraße seien weitestgehend abgeschlossen. Mitte September solle mit den Integrationskursen für bis zu 200 Personen begonnen werden. Hier sei das Interesse an den Kursen ebenfalls sehr groß. 150 Personen seien bereits vorgemerkt. Anfang Oktober seien beide Stützpunkte vollständig eingerichtet und auch die Unterkünfte bezugsbereit.

Abgeordneter Wolters fragt, ob auch Frauen das Angebot wahrnehmen und wie evtl. kulturellen Unterschieden begegnet werde. Er führt als Beispiel die aktuelle Burka-Debatte an.



Herr Bullwinkel erklärt, dass speziell ausgerichtete Kurse für Frauen angeboten würden, die zudem von Dozentinnen mit Migrationshintergrund begleitet würden. Des Weiteren sei eine enge Betreuung und Beratung unabdingbar, um eine Aktivierung zu erreichen. Es habe sich gezeigt, dass dies im Umfeld der Integrationsstützpunkte förderlich und leichter zu erreichen sei als bei einer privaten Unterbringung.

Herr Eggert führt aus, dass die Verschleierung in der Arbeit der Flüchtlingshilfe kein Problem darstelle. Es sei aus seiner Sicht sehr wichtig, auf die Frauen zuzugehen und gesellschaftliche Werte positiv zu vermitteln.

Frau Jelden berichtet, dass die Diskussion im Rahmen der Gleichstellung auch auf Landesebene geführt werde. Ende November sei hierzu in Aurich ein Hintergrundvortrag mit einer jungen Muslimin geplant, zu dem separat eingeladen werde.

Frau Germer beschreibt, dass das Thema in Aurich nicht problematisiert werde und eine Burka-Verschleierung bisher nicht beobachtet wurde.

TOP 7 Aktueller Stand der Unterbringung von Flüchtlingen

Herr Christoffers berichtet, dass die Zahl der Asylbewerber, die dem Landkreis Aurich zugewiesen werden, wieder ansteige. In der Vergangenheit seien im Durchschnitt 30 bis 40 Personen zugewiesen worden, im August seien nun 79 Asylbewerber aufgenommen worden. Für September sei mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen. Im April dieses Jahres lag die Zahl der Personen allerdings noch bei 250, im März waren 236 und im Februar 296 Asylbewerber gekommen. Es handele sich bei den aktuell zugewiesenen Personen vorwiegend um junge, allein reisende Männer aus afrikanischen Staaten. Insgesamt seien im August 1.955 Personen betreut worden.

Abgeordneter Sievers erkundigt sich nach der Verteilung der Personen auf die Kommunen.

Herr Christoffers antwortet, dass es hierzu keinen Schlüssel gebe. Dort, wo Wohnraum vorhanden sei, werde die Unterbringung vorgenommen. Die Personen würden nicht nur aus der Landesaufnahmestelle Bramsche kommen.

Frau Altmann fragt, ob bekannt sei, wie lange die Personen in Deutschland seien und ob es Belege für den Anstieg der Zahlen gebe.

Herr Christoffers erwidert, dass es hierzu keine Informationen gebe. Auch Nachfragen bei der Landesaufnahmestelle haben keine Erkenntnisse gebracht. Das Sozialamt könne diesbezüglich nichts beeinflussen.

Abgeordnete Altmann fragt nach der Anzahl der in der ehemaligen Blücherkaserne untergebrachten Flüchtlinge.

Herr Dr. Puchert erklärt, dass diese Notunterkunft zum Ende des Jahres geschlossen werde und im Augenblick noch 26 Personen dort untergebracht seien.

TOP 8 Änderungen des Aufenthaltsrechts (Amt 32)



Herr Gronewold stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage 2) die Änderungen im Aufenthaltsrecht aufgrund des am 06.08.2016 in Kraft getretenen Integrationsgesetzes vor.

Abgeordnete Altmann bittet um Erläuterung der auf Folie 13 aufgeführten humanitären Gründe.

Herr Gronewold führt als Beispiel Personen an, bei denen eine besondere Härte festgestellt wurde und aufgrund dessen eine Ausreise nicht möglich oder nicht zumutbar sei.

Abgeordneter Sievers fragt nach den finanziellen Auswirkungen für den Landkreis Aurich.

Herr Dr. Puchert erwidert, dass dies noch nicht absehbar sei und daher nicht beantwortet werden könne.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Altmann** erläutert **Herr Gronewold** die Statistik der bisher erfassten Abschiebungen bzw. freiwilligen Ausreisen und beschreibt den damit verbundenen Verwaltungsablauf.

Herr Eggert ergänzt, dass aus seiner Sicht die Freiwilligkeit der Ausreise in allen Fällen angestrebt werden solle. Im Falle der Abschiebungen aufgrund der Dublin-II-Verordnung werde derzeit kein Abschiebetermin angekündigt. Dies sei jedoch zu empfehlen. In diesem Zusammenhang weist er auf die Überforderung der aufnehmenden Staaten, die keine funktionierende Infrastruktur vorweisen könnten. Er bittet darüber hinaus um Erläuterung, was unter externen Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (siehe Anlage 2, Folie 17) zu verstehen sei.

Herr Gronewold erwidert, dass es sich dabei um zusätzliche Arbeitsgelegenheiten außerhalb der Einrichtungen bei staatlichen oder gemeinnützigen Trägern handle und z.B. gemeinwohlorientierte Tätigkeiten, wie etwa die Unterstützung bei der Pflege von Grünanlagen, darunter fallen. Interne Arbeitsgelegenheiten finden in den Unterkünften statt und sollen dort den Ablauf unterstützen, z.B. bei der Essensausgabe oder bei Reinigungsarbeiten.

TOP 9 **Jugendatelier - Eine Maßnahme zur Qualifizierung durch den Leinerstift e. V.**

Herr Weber, Regionalleiter beim Leinerstift e.V., stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlagen 3 bis 5) die Entstehung und den organisatorischen Aufbau des dortigen Jugendateliers vor.

Abgeordneter Wolters verlässt um 16:38 Uhr die Sitzung und kehrt um 16:42 Uhr zurück.

Abgeordneter Forster erkundigt sich, ob das Jugendatelier autonom oder im Verbund mit anderen Trägern agiere.



Herr Weber antwortet, dass das Jugendatelier aufgrund des akut bestehenden Bedarfs – viele der im Leinerstift betreuten jugendlichen Flüchtlinge seien schulisch und beruflich nicht versorgt und somit perspektivlos - weitgehend autonom aufgebaut wurde und handele, aber natürlich Gespräche und Kontakte mit den regionalen Akteuren stattfinden, um Netzwerke aufzubauen.

Abgeordnete Altmann fragt, ob die Bereiche Mechatronik und Pflege ebenfalls bedient werden, um die Berufsinteressen vieler unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zu berücksichtigen.

Herr Weber erklärt, dass diese Berufszweige individuell und langfristig durchaus einbezogen werden könnten. Dies könnte sich jedoch nur am Bedarf und den individuellen Voraussetzungen der Jugendlichen orientieren sowie auf dem bisherigen System aufbauen.

Herr Bullwinkel ergänzt, dass er aus der langjährigen Erfahrung der KVHS heraus berichten könne, dass viele Jugendliche keine Vorstellung von dem hiesigen Ausbildungs- und Berufssystem und dessen Anforderungen haben. Der Prozess, um eine Ausbildungsreife herzustellen sei sehr langwierig und nur in einem engmaschigen System, wie dem vorgestellten Jugendatelier, sinnvoll.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Sell bestätigen **Herr Weber** und die **Vertreter der KVHS**, dass ein Austausch stattfindet und befürwortet werden. Eine Konkurrenzsituation zu den Angeboten der KVHS herzustellen sei laut Herrn Meyer nicht beabsichtigt.

Die Vorsitzende Kleinert empfiehlt, diesen Erfahrungsaustausch auch weiterhin aufrechtzuerhalten und dankt Herrn Weber für seinen Vortrag.

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Zu diesem TOP liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 11 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem TOP liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 16:55 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. de Vries
Protokollführer